

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/39

25. Februar 1972

Unvereinbare Gegensätze

Bilanz der Bundestagsdebatte über die Ost-
verträge

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 38 Zeilen

Mehr Demokratie in der Fabrik

Mitbestimmung am Arbeitsplatz - nun gesetz-
liche Realität

Seite 3 und 4 / 38 Zeilen

Nach Thomas Mann Willy Brandt

Der Bundeskanzler erhält die Ehrenbürgerschaft
seiner Vaterschaft Lübeck

Seite 5 / 26 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Wie entstand das Leben?"

Seite 6 bis 9 / 169 Zeilen

Chiefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exter
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 806 846 / 886 847
806 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Unvereinbare Gegensätze

Bilanz der Bundestagsdebatte über die Ostverträge

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Natürlich hat diese lange, eigentlich zu lange Debatte zur ersten Lesung der Ostverträge keine neuen Erkenntnisse gebracht. Die Argumente und Unterstellungen der Opposition waren schon zu oft vorgetragen und ebenso oft widerlegt worden, als daß sie Eindruck hinterlassen konnten. Die Klarstellungen und die Darstellungen unserer Ostpolitik stießen bei der Opposition wieder einmal auf taube Ohren. FDP-Bc3 Wolfgang Mischnick hatte recht, als er bei Beginn seiner Rede den vielen, demonstrativ abwandernden CDU-Abgeordneten zurief, sie wollten die Argumente der Bundesregierung nicht hören, um sich nicht vielleicht doch intellektuell bewegen und beunruhigen zu müssen.

Und dennoch hat diese Debatte eine neue Erkenntnis gebracht. Sie wurde am deutlichsten in der Rede des Abgeordneten Schröder sichtbar: Die CDU/CSU schafft sich dadurch eine für sie erträgliche Plattform, daß sie wesentliche Teile unserer Ostpolitik beiseite schiebt. Schröder hatte bei seinen umfassenden Überlegungen Berlin, geschweige denn die Berlin-Regelung, nicht ein einziges Mal erwähnt. Damit schien für ihn der Weg frei, gegen einzelne Elemente der Ostpolitik zu argumentieren und zu polemisieren.

Zu dieser Taktik gehört auch ein zweiter Ansatz, der da lautet: So einen Vertrag hätten wir schon vor Jahren haben können. Und damit tritt zur Methode der politischen Amputation unserer Ostpolitik die der Geschichtsklitterung. Denn im Juni 1968 war der im März 1966 begonnene Versuch, mit der Sowjetunion ein Gewaltverzichtsabkommen zu treffen, gescheitert. Die Sowjetunion forderte damals: die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Anerkennung West-Berlins als selbständige politische Einheit auf dem Territorium der DDR, die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an, die Umgestaltung der inneren Ordnung der Bundesrepublik aufgrund des Potsdamer Abkommens, den Fortbestand der Interventionsregeln gegenüber Deutschland.

Einen derartigen Vertrag konnte niemand abschließen. Ein Gewaltverzichtsabkommen kann und darf nicht mehr sein, als es sein Name hergibt. Und deshalb waren unsere Vertragsverhandlungen mit der Sowjetunion und Polen sehr schwierig, aber schließlich erfolgreich. Denn keine der oben genannten Forderungen wurde akzeptiert. Im Gegenteil: Der Status quo wird beschrieben und ein Modus vivendi gefunden, der bis zu einem in weiter Ferne liegenden Friedensvertrag in ganz Deutschland gut ist und konstruktiv weiterentwickelt werden kann. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht für unser Volk erhalten, West-Berlins politische, gesellschaftliche und ökonomische Bindungen an den Westen gesichert und die Vertragspartner auf den Verzicht der Androhung und Anwendung von Gewalt festgelegt. Die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta sind uns gegen-

Über nicht mehr wirksam.

Wo ist die Alternative der Opposition in dieser Debatte sichtbar geworden? Der der CDU/CSU-Fraktion von der CSU aufgezwungene Entwurf für ein Gewaltverzichtsabkommen ist es sicherlich nicht. Denn keiner der Hauptsprecher der Opposition des CDU-Peils hat auch nur ein Wort auf diese merkwürdige Vorlage verwandt. Dafür wurden drei Forderungen aufgestellt:

- Die UdSSR müsse die EWG anerkennen. - Nebelschießen Nr. 1. Denn wir haben ein bilaterales Gewaltverzichtsabkommen mit der UdSSR abgeschlossen. In diesem Abkommen werden alle bestehenden Verträge als ausdrücklich nicht von ihm berührt bezeichnet. Das heißt nichts anderes, als daß die politische wie die ökonomische Westintegration so schnell weitergeht, wie es die EWG-Länder wollen. Unsere Bundesregierung war und ist Motor der Westintegration. Ab 1. Januar 1973 schließt die EWG auch mit Osteuropa alle Handelsverträge.
- Das Selbstbestimmungsrecht für unser Volk müsse gewahrt werden. - Nebelschießen Nr. 2. Denn dieses Gewaltverzichtsabkommen sichert dreifach das Recht auf Selbstbestimmung für unser Volk durch: a/ den Bezug in der Präambel auf das 1955 geschlossene Abkommen mit der UdSSR, b/ den Hinweis in Artikel II des Vertrages auf die Verbindlichkeit der UNO-Charta und damit das hier verankerte Recht auf Selbstbestimmung, c/ das Schreiben des deutschen Außenministers vom 12. August 1970 als völkerrechtlich anerkanntes Instrument der Interpretation dieses Vertrages.
- Die Freizügigkeit in Deutschland muß in Stufen erreicht werden. - Nebelschießen Nr. 3. Denn wieder einmal wird das Berlin-Abkommen geflissentlich überschauen. Doch wichtiger ist die Feststellung, daß die CDU-Politik von 20 Jahren die Spaltung nur vertieft hat. Sie will ihre Politik des Attentismus fortsetzen und auf historische Wunder warten. Wir dagegen werden zielbewußt auf der Grundlage der 20 Punkte von Kassel nach einem geregelten Miteinander streben.

Und das ist die Hauptkritik an der Position der Opposition. Soweit sie nicht bewußt oder unbewußt versucht, nationalistische Feuerchen zu entfachen, andere zu verdächtigen und auf diesen Flammen ein übles Süpplein zu kochen, bietet sie außer Deklamation keine realistische Alternative zu unserer Ostpolitik. Die CDU hat die Bedingungen heutiger innerdeutscher Politik selbst aktiv mitgeschaffen. Jetzt weicht sie ihrer nationalen Verantwortung zur schrittweisen Überwindung der Folgen der deutschen Teilung mit Phrasen und Verdächtigungen aus.

Doch unserem Volk hilft das alles nicht weiter. Und so werden wir unsere erfolgreiche Ostpolitik zum guten parlamentarischen Abschluß bringen. Die Opposition ist schon vor unseren Beratungen von ihren Einpeitschern auf ihr Nein festgelegt worden. Wir bedauern das sehr. Doch unser fester Wille läßt sich dadurch nicht erschüttern, für unser Volk durch unsere Ostpolitik den Frieden sicherer zu machen und unsere nationalen Rechte heute und in der Zukunft zu wahren.

(-/ex/25.2.1972/ks)

Mehr Demokratie in der Fabrik

Mitbestimmung am Arbeitsplatz - nun gesetzliche Realität

Demokratie darf nicht am Fabrikator enden. Dieser gewerkschaftlichen Parole, die in unserem Lande aktuell ist, seit über das Thema wirtschaftliche Mitbestimmung diskutiert wird, widerspricht prinzipiell kaum noch jemand. Nur: was unter einer solchen spezifischen Mitbestimmung zu verstehen ist, in welchen wirtschaftlichen Bereichen und in welchem kompetenten Umfang sie verwirklicht werden kann, darüber gibt es bis auf den heutigen Tag Kontroversen, die mit Eifer und Heftigkeit ausgetragen werden.

Ein neues Betriebsverfassungsgesetz gilt seit kurzem in der Bundesrepublik Deutschland, nachdem es alle parlamentarischen Hürden genommen hat. Es stellt einen Kompromiß zwischen den Koalitionspartnern SPD und FDP dar, erfüllt nicht alle Hoffnungen der Gewerkschaften, aber kann sich im ganzen doch als ein Werk der Reform sehen lassen.

Das neue Gesetz hatte die Bundesregierung in ihrem in der Regierungserklärung enthaltenen Katalog von Reformvorhaben versprochen.

Das Stichwort Reform macht deutlich, daß auf Vorhandenes, nämlich auf ein bestehendes gleichnamiges Gesetz aufgebaut werden konnte. Seit 1952 gibt es hierzulande eine Betriebsverfassung auf gesetzlicher Grundlage. Schon dieses erste Betriebsverfassungsgesetz bot den Arbeitnehmern Schutz vor möglicher unternehmerischer Willkür. Es sichert in einem bestimmten Bereich dem Gremium Mitwirkung und in manchen Fällen Mitbestimmung zu, daß alle im Betrieb Beschäftigten periodisch wählen konnten: den Betriebsrat.

Bereits dieses Gesetz sucht - nicht nur in überseeischen Ländern, sondern auch in den meisten Staaten Europas - seinesgleichen. Erhebliche Verbesserungen der Betriebsverfassung bietet nun das neue Gesetz den Arbeitnehmern an. Sie können über den Betriebsrat, der mit Kollegen ihres Vertrauens auf dem Wege ge-

heimer Wahl besetzt wird, in einem größeren Umfang als bisher mitwirken und mitbestimmen.

Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, von manchen Seiten noch vor nicht allzu langer Zeit für utopisch gehalten, ist gesetzliche Realität. Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsablauf unterliegen der Mitbestimmung ebenso wie Entscheidungen im Bereich der Personalwirtschaft. Der einzelne erhält ein Unterrichts- und Anhörungsrecht in solchen Angelegenheiten zugesichert, die seinen Arbeitsplatz unmittelbar betreffen. Er muß über seine persönliche Situation, die Lage seiner Abteilung und des ganzen Betriebes unterrichtet werden. Das heißt für die Praxis, Stilllegung von Betrieben oder Betriebsteilen, Umstellungen und Rationalisierungsmaßnahmen sind mit ihm und nicht über seinen Kopf hinweg zu erörtern.

Der Verbesserung der Stellung des einzelnen im Betrieb durch Erweiterung seiner individuellen Rechte steht - zu seinem Vorteil - die Verstärkung des kollektiven Mitbestimmungsrechts des Betriebsrates zur Seite.

Damit wird der Widerspruch gemindert, der in der Tatsache bestand, daß der Bürger in unserem Staat das politische und öffentliche Leben mitgestalten darf, ja nach gutem Demokratieverständnis sogar muß, im Betrieb aber doch weitgehend Objekt von Entscheidungen übergeordneter Instanzen oder wirtschaftlicher Interessen war.

Dem neuen Betriebsverfassungsgesetz muß nun auch das Personalvertretungsgesetz in einer Neufassung an die Seite gestellt werden, das quasi das soziale Grundgesetz für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst darstellt und für Rundfunkleute in öffentlich-rechtlichen Anstalten ebenfalls gilt.

Auch diese Reform, von der Bundesregierung in der Regierungserklärung versprochen, ist auf dem Wege der Verwirklichung. Beide Gesetze sind Teile der modernen Sozialverfassung, über die die Bundesrepublik verfügt. (W.B./ex. 25.2.1972, ks)

+ + +

Nach Thomas Mann Willy Brandt

Der Bundeskanzler erhält die Ehrenbürgerschaft
seiner Vaterstadt Lübeck

Bundeskanzler Willy Brandt wird am 29. Februar im historischen Rathaus der Hansestadt Lübeck die Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt entgegennehmen. Nach anfänglicher Opposition und langem Zaudern hat sich die CDU-Minderheitsfraktion im Rathaus nunmehr entschlossen, der Ehrenbürgerschaft des deutschen Bundeskanzlers nichts mehr entgegenzusetzen. Einige ihrer Zauderer werden möglicherweise durch Abwesenheit glänzen.

Brandt wird dann zu den großen Ehrenbürgern der Hansestadt gehören. Nach dem Krieg erhielt zunächst der Schweizer Diplomat Carl Jacob Burckhardt die Ehrenbürgerschaft der einstigen Königin der Hanse. Er war es, der Lübeck in den letzten Kriegsjahren als Präsident des Internationalen Roten Kreuzes vor weiteren Bombenangriffen und endgültiger Zerstörung bewahrte, indem er die Stadt zur offenen Stadt als Umschlagplatz für die Sendungen an die Kriegsgefangenen in Deutschland deklarieren ließ.

Später war es Thomas Mann, der große Sohn Lübecks, der mit der Ehrenbürgerschaft ausgezeichnet wurde. Auch hier leistete damals schon die CDU hinhaltenden Widerstand. Offenbar hatte man die Charakterisierung, die Thomas Mann für all zu sehr aufs Geld bedachte Bürger der Stadt in seinen "Buddenbrooks" lieferte, immer noch nicht verwunden. Auch noch nicht, als Thomas Mann längst weltweit bekannt geworden war.

Bundeskanzler Brandt wird 25.000 DM für den Aufbau des kriegsbeschädigten Lübecker Doms, der ältesten Kirche seiner Heimatstadt aus eigenen Mitteln bereitstellen. Der 1173 von Heinrich dem Löwen gegründete Dom zu Lübeck wird im nächsten Jahr 800 Jahre alt. Der Dom war während des letzten Weltkrieges in der Karnacht 1942 schwer beschädigt worden.

(cc/ex/25.2.1972 ks)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Wie entstand das Leben?"

Die "Prager Volkszeitung", Wochenblatt der deutschen Werktätigen in der CSSR, veröffentlichte am 7. Januar 1972 einen ausführlichen Bericht über die Thesen des sowjetischen Biochemikers Uni-Prof. Dr. A.I. Oparin, des Präsidenten der neuen "Internationalen Gesellschaft für das Studium der Entstehung des Lebens". Wir geben zur Informierung über diese Untersuchungen den Artikel, der mit einem Zitat aus den Worten Oparins beginnt, im vollen Wortlaut wieder:

"Nach Engels entsteht das Leben nicht zufällig -- und -- es existiert auch nicht ewig. Es entsteht vielmehr immer dann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür gegeben sind. Es ist von großer Bedeutung, daß Wege gefunden wurden, die eine wissenschaftliche Analyse des Lebens ermöglichen. Kosmogonische und geologische Forschungen haben dabei eine große Perspektive. Daneben können wir, indem wir experimentell Bedingungen schaffen, wie sie früher einmal auf der Erde geherrscht haben, im Laboratorium abfolgen immer kompliziertere organische Verbindungen synthetisieren", Oparin/1970.

Das Leben ist der modernen Naturwissenschaft nichts grundsätzlich Geheimnisvolles mehr. Die Frage nach dem Wesen des Lebens birgt für die marxistisch-leninistische Philosophie heute weder wesentliche erkenntnistheoretische noch philosophische Probleme, die einem Mangel an naturwissenschaftlicher Kenntnis entspringen würden. Die Materialität des Lebens und seine Entstehung in einem allmählichen gesetzmäßigen Prozeß der Selbstorganisation der Materie stehen heute außer jedem Zweifel. Die wesentlichen Strukturen der Lebewesen und der Lebensprozesse sind in ihrem molekularen Aufbau erkannt. Chemie, Physik und Mathematik prägen die moderne Biologie.

Oparins Theorie öffnete experimenteller Erforschung den Weg

Die Frage nach der Entstehung des Lebens, die bis vor etwa 20 Jahren den meisten Biologen noch als Feld der Spekulation galt (der sich ein ordentlicher Wissenschaftler zu enthalten habe!) reifte inzwischen zum Gegenstand einer exakten naturwissenschaftlichen Disziplin heran. Das spiegelt sich in zahlreichen Veröffentlichungen und der steigenden Anzahl experimenteller Arbeiten wider. Drei große internationale wissenschaftliche Konferenzen (Moskau 1957, Wakulla Springs 1963, Pont-à-Mousson 1970) waren bisher dem Problem der Entstehung des Lebens gewidmet. Auf der Konferenz in Pont-à-Mousson wurden Vorstand und Beirat einer neu zu gründenden "Internationalen Gesellschaft für das Studium der Entstehung des Lebens" gebildet und Prof. Dr. A.I. Oparin zum

Präsidenten berufen.

Der sowjetische Biochemiker Oparin hatte 1924 auf der Grundlage einer sehr klaren Analyse der historischen und zeitgenössischen Auffassungen über die Lebensentstehung sowie der verfügbaren geochemischen und biochemischen Kenntnisse einen entscheidenden neuen theoretischen Ausgangspunkt gewonnen. Seine Theorie machte dieses Problem erstmals experimenteller Erforschung zugänglich. Vorstellungen über die Lebensentstehung "Urzeugung" im vorherrschenden damaligen Sprachgebrauch gingen seinerzeit fast ausschließlich davon aus, daß als Material für die Bildung der ersten Lebewesen nur anorganische Stoffe zur Verfügung gestanden haben könnten. Die ersten Lebewesen mußten danach über die doch recht komplizierten Mechanismen der Chemosynthese oder der Photosynthese verfügt haben. Die Entstehung der Lebewesen war auf diese Weise jedoch äußerst unwahrscheinlich; sie wurde nur durch die Annahme heute völlig unbekannter physikalischer Bedingungen "erklärbar". Diese wissenschaftlich unbefriedigende Situation bot noch viele Ansatzpunkte für idealistische und religiöse Deutungen, die in zurückliegenden Jahrhunderten überhaupt die Vorstellungen zur Frage nach der Herkunft des Lebens beherrscht hatten.

Oparin nun begründete auf der Grundlage des dialektischen Materialismus detailliert die Auffassung, daß in kosmischen und geochemischen Prozessen in einer reduzierenden (d.h. sauerstofffrei) Atmosphäre aus einfachen Ausgangssubstanzen (H_2 , H_2O , NH_3 , CH_4) zunächst einfachere (wie Aminosäuren, Zucker, Alkohole, Lipide, Nukleinsäurebasen), dann kompliziertere organische Verbindungen (Proteine, Nukleinsäuren) entstanden und daß die aus diesen Stoffen sich im Urozean bildenden einfachen polymolekularen Komplexe (= Koazervatsysteme) in einem langen Prozeß immer weiteren Komplizierung sich allmählich zu Lebewesen entwickelten. Diese ersten Lebewesen waren heterotroph, d.h., sie ernährten sich von im Urozean vorhandenen organischen Stoffen.

Auch vor Oparin hatten einzelne Naturwissenschaftler den Gedanken einer von der Bildung organischer Moleküle ausgehenden allmählichen Entstehung des Lebens geäußert (u.a. Pflüger 1875, Schäfer 1912, Becquerel 1924). Sie vermochten jedoch noch nicht mit genügender Klarheit die geologischen und chemischen Gesetzmäßigkeiten herauszuarbeiten, um diese Gedanken zu einer wirklich wissenschaftlichen Theorie zu verdichten. Von der Position des dialektischen Materialismus her hatte Friedrich Engels klar erkannt, daß das Leben in einer stetig fortschreitenden Evolution der Materie entstanden sein muß, und daß es gesetzmäßig überall dort im Kosmos entsteht, wo die entsprechenden Bedingungen gegeben sind. Diese vor allem philosophisch begründete Auffassung hat mit der Entwicklung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis ihre Bestätigung erfahren. Wissenschaftler, die auf dem Boden des dialektischen Materialismus standen und bewußt die dialektische Methode auf die Lebensentstehung anwandten, bereicherten die Erforschung dieses komplizierten Problems entscheidend. Ähnliche Ansichten wie Oparin 1924 hat z.B. der englische Wissenschaftler

Haldane unabhängig davon 1928 formuliert.)

Die "vorbiologische" Evolution

Unsere Kenntnis über den Prozeß der Lebensentstehung ("Biogenese") entnehmen wir folgenden drei Quellen: der kosmischen Chemie und Paläogeologie; der Erforschung aller heutigen Lebensformen und -prozesse (insbesondere im Rahmen der Molekularbiologie) sowie den Modellexperimenten, in denen versucht wird, Teilprozesse der vorbiologischen Selbstorganisation der Materie nachzubilden.

Zahlreiche Teilfragen der Biogenese sind der Forschungsgegenstand von Spezialisten geworden. In gedrängter Form läßt sich, gegliedert nach Hauptetappen der vorbiologischen Evolution, folgende Übersicht zum Stand der Erkenntnisse und der aktuellen Probleme geben:

Aus der Kosmos-Forschung ist uns seit längerem die genaue Zusammensetzung der Atmosphären der Planeten sowie der Materie unserer Sonne und anderer Fixsterne bekannt. Kohlenstoff und Kohlenstoffverbindungen sind überall anzutreffen. Die Atmosphäre einzelner Planeten ähnelt den in der Uratmosphäre der Erde angenommenen Bedingungen.

Die qualitative Zusammensetzung der primären Erdatmosphäre läßt sich aus geochemischen Berechnungen ableiten, der genaue prozentuale Anteil der Bestandteile ist jedoch nur sehr schwer zu ermitteln. Für das ursprüngliche Fehlen von freiem Sauerstoff existieren eindeutige Belege. Die ältesten bisher nachgewiesenen Lebensspuren stammen von primitiven bakterienähnlichen Systemen.

Die Möglichkeit der Bildung organischer Makromoleküle ist nicht nur unter den von Oparin vorausgesetzten Bedingungen, sondern auch in unterschiedlich zusammengesetzten Gasgemischen und mit Hilfe aller möglichen Energieformen experimentell nachgewiesen.

Auch für die Möglichkeit der spontanen Bildung einer Reihe mittelgroßer Moleküle gibt es bereits eine Anzahl experimenteller Beweise.

Worin besteht das "Wesen" des Lebens?

Was aber ist nun "eigentlich" Leben? Die Antwort auf diese Frage muß stets zwei eng zusammenhängende Gesichtspunkte berücksichtigen: Einmal die Erkenntnis und Beschreibung von Strukturen und Prozessen des Lebens und zum anderen die begriffliche Abgrenzung von Nichtlebendem und Lebendem durch Herausarbeitung einer wesentlichen objektiven Eigenschaft, die als eindeutiges Unter-

scheidungsmerkmal dienen kann.

Für die begriffliche Abgrenzung genügt es zunächst, wenn als Grundbestimmungen des Lebens Stoffwechsel, Wachstum, Vermehrung (einschließlich Vererbung) sowie genealogische Höherentwicklung (einschließlich Mutationsfähigkeit) geläufig sind. Jedes - auch das einfachste - System, das als Lebewesen gelten soll, muß alle diese Eigenschaften in zumindest elementarer Ausprägung aufweisen. Wir nennen diesen Typus des einfachsten Lebewesens "Elementarorganismus" und stellen fest, daß dieser dem Organisationsniveau der kernlosen Zelle entspricht. Unter den heutigen Formen rechnen dazu u.a. Bakterien und Blaualgen.

Gab es ein "erstes Lebewesen"?

Die vorbiologische Evolution nahm ihren Ausgang von Elementarteilchen und Atomen. Entsprechend den jeweiligen physikalischen und chemischen Bedingungen und den Eigenschaften der jeweils schon vorhandenen Gebilde, entstanden auf der Grundlage einer großen Anzahl zufälliger Änderungen einfacherer Systeme immer kompliziertere, vollkommenerere Systeme. Der qualitative Sprung von den Vor-Lebewesen zu Lebewesen vollzog sich mit der Ausbildung des genannten Unterscheidungsmerkmals in einem fortlaufenden Prozeß. Es gab nicht "ein erstes Lebewesen" oder gar ein System, das als "Nichtlebewesen" entstand und als Lebewesen endete und Lebewesen zeugte. Es gab auch nicht eine einzelne Population von Vor-Lebewesen, die für sich allein zum Ausgangspunkt des Lebens wurde.

Im Übergangsfeld zwischen Nichtleben und Leben existierte eine große Vielfalt von Systemen unterschiedlicher Struktur und Vollkommenheit. Dabei setzen sich die Systeme durch, in denen sich die Rückkopplung von Eiweißen und Nukleinsäuren zum Mechanismus der identischen autonomen Vermehrung entwickelt hatte. Die Entstehung des Lebens als Herausbildung einer qualitativ neuen Bewegungsform der Materie vollzog sich rein nach physikalischen und chemischen Gesetzmäßigkeiten. Für die Annahme einer Mitwirkung idealistischer geistiger Prinzipien oder von Gottheiten bleibt nach der heutigen wissenschaftlichen Kenntnis kein Raum mehr. Die dialektisch-materialistische Philosophie hat sich auch auf diesem Gebiet endgültig als fruchtbare theoretische Grundlage und vernünftiger Ausgangspunkt für alle Naturwissenschaftler erwiesen".

(-/ex/25.2.1972/ks)